

Pressemitteilung

Dresden, den 15. Juli 2020



LandesSchülerRat Sachsen

Hoyerswerdaer Straße 1
01099 Dresden

presse@lsr-sachsen.de

Sachsen bekommt die Gemeinschaftsschule

Seit 2018 setzt sich der LandesSchülerRat politisch für die Einführung der Gemeinschaftsschule in Sachsen ein. Als Unterstützer des Volksantrages, der bereits Ende 2019 im Landtag vorgetragen wurde, ist man bis zum heutigen Tag ein großes Stück weitergekommen. Das Gesetz zur Einführung der Gemeinschaftsschule und der Oberschule+ wurde heute im Landtag mehrheitlich angenommen. Der LSR begrüßt diese Entscheidung.

Die Vorsitzende Joanna KESICKA dazu: "Wir freuen uns über den heutigen Beschluss des Sächsischen Landtages. Es wird somit auch in Sachsen eine gute Chance zum längerem gemeinsamen Lernen angeboten. Die Einführung der Gemeinschaftsschule gibt sächsischen Schülerinnen und Schülern eine zusätzliche Option bei der Entscheidung, welchen Bildungsweg sie gehen möchten. Natürlich entspricht der Kompromiss der Koalitionsfraktionen nicht zu 100 % dem, was im Volksantrag gefordert wurde. Trotzdem geht es uns aus der Schülersicht darum, dass überhaupt eine Gemeinschaftsschule flächendeckend möglich wird – es gab letztendlich nur die Entscheidung zwischen gar keiner Gemeinschaftsschule oder dem Koalitionskompromiss.", so KESICKA.

Diese Ergänzung des sächsischen Schulgesetzes führt zu einer fairen und sinnvollen Erweiterung des Bildungsangebotes in Sachsen. Joanna KESICKA dazu: „Eine Schülerin oder ein Schüler, der eine Gemeinschaftsschule besucht, bekommt ein gutes Bildungsangebot ohne die frühe Trennung in Oberschule und Gymnasium, aber dafür mit längerem gemeinsamen Lernen in gewohnter Umgebung. Die heute beschlossene Änderung stellt sicher, dass Gemeinschaftsschulen gegenüber anderen Schularten weder bevorzugt noch benachteiligt werden und man hier die selben wertvollen Abschlüsse erwerben kann wie an anderen Schularten. Der Gesetzesentwurf sichert außerdem die demokratische Anteilnahme der Schülerinnen und Schüler, gewissermaßen der Hauptbeteiligten, an dieser Entscheidung und bei der Entwicklung des pädagogischen Programms. Alle drei Bedingungen waren für uns bereits Gründe, den Volksantrag zu unterstützen.“, so KESICKA weiter, und ergänzt: "Die Oberschule+ kann einen Beitrag zur Bewahrung von Schulstandorten im ländlichen Raum bieten. Dies ist auch ein großer Vorteil für die Schülerinnen und Schüler, die so bestenfalls in der Nähe ihres zu Hause eine Schule besuchen können, anstatt in die nächste Nachbarstadt zu pendeln.“ so KESICKA.

Ob die Gemeinschaftsschule und die Oberschule+ in Sachsen zum Erfolg werden, wird sich in der Praxis zeigen. Der LSR steht jedoch der heutigen Entscheidung sehr positiv entgegen. Joanna KESICKA merkt abschließend an: „Entscheidend wird sein, dass das Kultusministerium und die Schulaufsicht neue Gemeinschaftsschulen sinnvoll begleiten.

Pressemitteilung

Dresden, den 15. Juli 2020



Es muss belastbare pädagogische Programme und gute Rahmenbedingungen geben, damit Schülerinnen und Schüler an den neuen Schulen gut lernen können. Gleichzeitig muss aber die Fairness zu den anderen Schularten gewahrt werden. Wenn aus politischen Gründen neue Gemeinschaftsschulen gezielt ausgebremst oder übermäßig bevorzugt werden sollten, hat das nichts mehr mit einer Bereicherung der Bildungslandschaft zu tun.“